



Werkstatt gespräch

Neue Forschungen zur DDR-Planungsgeschichte

Donnerstag 11. April ab 9:30 Uhr

Freitag 12. April ab 10:00 Uhr

Die Werkstattgespräche zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR sind ein Forum zur Diskussion neuer Forschungsergebnisse zwischen jüngeren und etablierten Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen sowie Zeitzeug*innen. Tagungsthemen werden im internationalen Kontext diskutiert. Dabei versteht sich die Veranstaltung auch als ein Format, das einen Beitrag zur konstruktiven Auseinandersetzung mit der Ostmoderne und der DDR-Gesellschaftsgeschichte leisten will und verhärtete ost-/westdeutsche Diskurse durch gemeinsame Diskussionen auf Augenhöhe durchbrechen will.

Das Programm des 18. Werkstattgesprächs spiegelt die diversen Ansätze und Methoden der international geführten Forschungen zur Architektur- und Städtebaugeschichte der DDR wider und gibt einen Einblick in aktuelle Projekte. Im Fokus stehen unter anderem der Bau von Wohnungen und insbesondere Eigenheimen als spezifischen Bautypen oder die Rolle von Architektinnen und Planungsinstitutionen im Bauwesen der DDR. Neue spannende Forschungsthemen sind Fragen der Beteiligung und des Protestes von Bürger*innen bei Stadtplanungen sowie neu entwickelte Möglichkeiten und Ansätze digitaler Methoden bei der Erforschung und Dokumentation der Planungsgeschichte der DDR.

Ein besonderer Fokus wird auf die Rezeption der DDR-Architektur seit der politischen „Wende“ von 1989/90 und insbesondere auf die mediale und architekturtheoretische Rezeption der Ostmoderne gelegt – ein bis heute umstrittenes und gesellschaftlich relevantes Thema des Rückblicks auf die DDR-Architektur und ihren Stellenwert. Fachleute aus den Bereichen Architektur und für aktuelle ostdeutsche Diskursfragen erörtern in einer Podiumsdiskussion die Rezeption der DDR-Architektur von der pauschalen Abwertung in den frühen neunziger Jahren bis zur wachsenden Wertschätzung seit der Jahrtausendwende sowie die Bedeutung dieses Themas für aktuelle Diskurse in und zu Ostdeutschland.

Die 18. Werkstattgespräche werden wiederum in hybrider Form durchgeführt: eine begrenzte Zahl von Teilnehmer*innen kann die Vorträge live-physisch vor Ort erleben und alle Interessierten haben die Möglichkeit, auf digitale Weise den Vorträgen zu folgen und mit zu diskutieren.

ANMELDUNG

Das Werkstattgespräch findet in Präsenz und in digitaler Form statt.

für Teilnahme in Präsenz

Anmeldung bis zum 24.03.2024 unter: www.leibniz-irs.de/werkstattgesprach. Die Teilnehmerzahl ist auf 60 Anwesende begrenzt! Anmeldungen sind für beide oder jeweils einen Tag möglich

für Teilnahme per Zoom

Zur Einwahl zur Veranstaltung benötigen Sie folgenden Link:

[Zoom 18. Werkstattgespräch](#)

Meeting-ID: 616 3143 6486,
Kenncode: 811810

TAGUNGSBEITRAG

für Präsenzteilnahmen:
Konferenz-Verpflegung 30/15 € (beide Tage/nur ein Tag), ermäßigt 20/10 €
Bitte überweisen Sie unbedingt vor der Veranstaltung an:

Sparkasse Oder-Spree

IBAN: DE61 1705 5050 3804 9286 67

BIC: WELADED1LOS

Stichwort: „18. Werkstattgespräch“
(und Nachname)

KONTAKT

Dr. Harald Engler
werkstattgesprach@leibniz-irs.de

**Leibniz-Institut für Raumbezogene
Sozialforschung (IRS)**

Flakenstraße 29 – 31

15537 Erkner



Werkstatt gespräch

Programm Donnerstag, 11. April 2024

09:30	Begrüßung Kerstin Brückweh (Leiterin Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS)	14:00	Mediale und architekturtheoretische Rezeption Architektur und Bauen in der Kino-Wochenschau (1950-1965) Sigrun Lehnert Geschichte und erste Rezeption der Architektur-Theorie der DDR zwischen 1980 und 2000 Harald Kegler
	Einführung Stefanie Brünenberg/Harald Engler		
10:00	Bürgerbeteiligung und -proteste in der Stadtplanung Bürgerproteste und Stadtentwicklung in Ost-Berlin Matthias Grünzig Strategien und Praktiken von Kommunikation und Öffentlichkeit um Stadterneuerung im Ost-Berlin der 1970er und 1980er Jahre Kathrin Meißner	14:40	Diskussion
		15:10	Kaffeepause
10:40	Diskussion	15:30	Digitale Methoden zur DDR-Planungsgeschichte Bürger*innen erschließen Architektur und Alltag der DDR – Citizen Science (Ansätze) in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS Rita Guderman/Paul Perschke
11:10	Kaffeepause		Der Denkmalort „Generalshotel“ – eine Dokumentation Online Thomas Beutelschmidt/Volker Hübner/ Julia Novak/Christiane Oehmig
11:30	Einfamilienhäuser in der DDR Homeoffice im Herrenzimmer. Das Einfamilienhausprogramm für die „schaffende Intelligenz“ in der DDR 1949-1953/61 Elke Richter Eigenheim selbst gebaut. Die Landschaft der Einfamilienhäuser in der DDR Maren Weissig	16:10	Diskussion
		16:40	Kaffeepause
12:10	Diskussion	17:00	Podiumsdiskussion: DDR-Architektur im Rückblick: Von der pauschalen Abwertung über die wachsende Wertschätzung seit den 2000er Jahren – und zurück? Mit Kerstin Brückweh (IRS Erkner), Dörte Grimm (Pritzwalk), Wolfgang Kil (Berlin), Martin Maleschka (Eisenhüttenstadt) Moderation: Stefanie Brünenberg (IRS)
12:40	Mittagsimbiss		
		19:30	Gemeinsames Abendessen in Berlin



Werkstatt gespräch

Programm Freitag, 12. April 2024

10:00	Wohnungsbau und gesellschaftliche Teilhabe 50 Jahre Wohngebiet Fennpfuhl Georg Balzer Stadtrand, Stadtkrone, Stadtzentrum. Der Wohnkomplex Leipziger Straße und seine Beziehungen zum Ost-Berliner Stadtzentrum Edouard Compere Materielle Barrieren und deren Abbau im Alltag von Menschen mit Behinderungen in der DDR – die Beispiele Halle und Halle-Neustadt Ulrike Winkler	13:00	Mittagsimbiss
11:00	Diskussion	14:00	Transformation und Denkmalpflege des DDR-Bauerbes Im Kern: Kontinuität. Zur Entwicklung der Zentren ehemaliger DDR-Bezirksstädte nach der Wende Jan Nissen REALGLAS – Eine Zukunft für die Blankenburger Fassade Ulrich Bücholdt
11:45	Architektinnen und Institutionen in der internationalen Planung Die Planungsabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Christiane Fülcher Lost female Future? Architektinnen und Utopien in der DDR und der VR Polen 1945–1955 Eiske Schäfer	14:40	Diskussion und Schlussdebatte Stefanie Brünenberg/Harald Engler/Piotr Kisiel
12:25	Diskussion	15:30	Ende der Tagung



Werkstatt gespräch

Abstracts und Curricula Vitae nach zeitlichem Ablauf

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

10:00 Bürgerbeteiligung und -proteste in der Stadtplanung (1)

Bürgerproteste und Stadtentwicklung in Ost-Berlin

Matthias Grünzig

Die Stadtentwicklung in der DDR wird oft als ein autoritärer Prozess dargestellt, der ohne Beteiligung und oft gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt wurde. Proteste gegen Bauprojekte werden dagegen nur selten thematisiert. Doch diese Leseart gibt nur einen Teil der Realität wieder. Ein Blick auf konkrete Projekte zeigt, dass es auch in der DDR Proteste gegen Bauprojekte gab und dass diese sogar erstaunlich erfolgreich sein konnten.

Diese These wird anhand konkreter Beispiele aus Ost-Berlin ausgeführt. Ein Beispiel ist der Protest Biesdorfer und Marzahner Bürger gegen den Abriss von Einfamilienhäusern für den Bau des Wohngebietes Berlin-Marzahn 1975. Diese Proteste führten zu einer Veränderung der Planung und dem Erhalt zahlreicher Einfamilienhäuser. Außerdem wurden die Entschädigungsregelungen verändert.

Ein zweites Beispiel ist der Protest vieler Kleingärtner gegen die Räumung ihrer Parzellen für den Wohnungsbau und andere Bauprojekte. Diese Proteste führten zu einem spektakulären Erfolg: 1976 wurde die Räumung der Kleingärten in Ost-Berlin gestoppt. Und 1977 beschlossen das Sekretariat des ZK der SED und der Ministerrat ein generelles Räumungsverbot für Kleingärten. Die Konsequenzen waren weitreichend: Die Wohnungsbauplanungen mussten verändert werden. Einzelne Wohnungsbaustandorte, wie Friedrichsfelde Ost, wurden in ihrer Dimension reduziert. Andere Standorte, wie Heinersdorf, wurden ganz aufgegeben. Als Ersatz musste neue Standorte, wie Hellersdorf, gefunden werden.

Ein drittes Beispiel ist der Protest vieler Bürger gegen die Fällung von Bäumen für den Wohnungsbau. Diese Proteste führten 1978/1979 zu einer Verkleinerung des Wohnungsbauprojekts Köpenick-Waldstadt. Die Wohnungsbaustandorte Mittelheide und Dammheide wurden ganz aufgegeben.

Der Beitrag schildert die Entstehung der Proteste, das Handeln der einzelnen Akteure und die sich anschließenden Aushandlungsprozesse. Er fragt nach den Erfolgsfaktoren der Proteste und nach weitergehenden Schlussfolgerungen für die Stadtentwicklung in der DDR.

Dr. Matthias Grünzig (Berlin)

- geboren 1969
- Studium 1991-1997 an der FU Berlin
- Arbeit als Bauhistoriker und Publizist
- zahlreiche Veröffentlichungen zur Planungs- und Baugeschichte des Ost-Berliner Stadtzentrums, z.B. Buch „Der Fernsehturm und sein Freiraum – Geschichte und Gegenwart im Zentrum Berlins“, Lukas Verlag 2022
- Kurator mehrerer Ausstellungen, z.B. „50 Jahre Berliner Fernsehturm – zwischen Alltagsleben und Weltpolitik“ 2019
- Tätigkeit im wissenschaftlichen Beirat der Hermann-Henselmann-Stiftung



Werkstattgespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

10:00 Bürgerbeteiligung und -proteste in der Stadtplanung (2)

Strategien und Praktiken von Kommunikation und Öffentlichkeit um Stadterneuerung im Ost-Berlin der 1970er und 1980er Jahre

Kathrin Meißner

Stadterneuerung bildete in der Ära Honecker einen wichtigen Baustein für Bauwesen, Wirtschaftspolitik und Wohnungsbauprogramm, vor allem zur politisch-öffentlichen Selbstdarstellung der Staatssouveränität der SED-Parteiführung. In der Realität bedingten Mangelwirtschaft, industrielle Einheitsbauweise, monofunktionales Bauwesen und überlastete Verwaltungen allerdings einen anhaltenden Wohnungsmangel. Teilweise verschärfte sich die Wohnungsnot sogar durch zunehmenden Verfall sowie Leerstand infolge unaufholbarer Rückstände in Instandsetzung und Modernisierung der innerstädtischen Altbaubestände. Diese Missstände zeigten sich vor allem in der lokalen Alltagspraxis von Stadtbezirkspolitik, Kommunalen Wohnungsverwaltung und Bevölkerung.

Der Beitrag blickt auf den Altstadtbezirk Prenzlauer Berg, der sich zum einen durch eine besonders engagierte und formal wie informell aktive Anwohnerschaft auszeichnete, und zum anderen stark von Verfall und gleichzeitig Vorreiterprojekten wie sozialistischen Prestigevorhaben geprägt war.

Die (betroffene) Bevölkerung wie auch weite Kreise der Stadtplanung auf nationaler Ebene bis hin zu kommunalen Behörden regten hier Ideen an, legten konkrete Konzepte vor und kritisierten zunehmend in übergreifenden (fach)öffentlichen Diskursen die Zustände. Aushandlungsprozesse um Wohnraumvergabepraktiken, bürgernitierte Umgestaltungen sowie Raumanweisungen als auch sozialistische Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramme der Nationalen Front prägten die soziale Alltagskommunikation. Damit bildeten sie weit mehr als Stadtplanungs- und Wohnungsspezifische Inhalte ab.

Der Beitrag zeigt vielfältige Formen und Wege von Kommunikation auf, derer sich die Akteure auf lokaler Ebene bedienen. Dabei wurde bspw. das etablierte Eingabewesen ausgeweitet, um Kollektivinteressen und -kritiken von Haus- und Interessengemeinschaften auszudrücken oder sogar eigens erarbeitete Modernisierungs- und Umgestaltungskonzepte der eigenen Nachbarschaft aufzuzeigen. Des Weiteren wurde zahlreiche neue Formate von kommunaler Seite eingeführt, um durch lokale Informations- und Anlaufstellen den gesellschaftlichen Austausch zu (ver)stärken, wie Bürgerbüros, Ausstellungen, Sprechstunden oder öffentliche Ratssitzungen. Einzelanliegen wurden zu Kollektivinteressen und verbanden sich immer häufiger mit übergeordneten Themen von Wohnungspolitik und in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht selten mit Gedanken von Staatskritik und Reformbestrebungen der DDR.

So reflektiert der Beitrag den übergeordneten Mehrwert dieser kommunikativen Praktiken über die "Einzelfallsymptomatik" von Bauvorhaben hinaus und fragt nach Verhältnissen von Machtstrukturen und Öffentlichkeiten sowie nach inklusiven wie exklusiven Aspekten dieser Formen von Alltagskommunikation für verschiedene Akteure der letzten beiden Jahrzehnte der DDR aus einer gesellschaftshistorischen Perspektive.

Kathrin Meißner (Berlin)

Kathrin Meißner ist Urbanhistorikerin und Humangeografin. Sie hat seit 2016 in verschiedenen Forschungsprojekten an der Technischen Universität Berlin, dem Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung gearbeitet und Kurzaufenthalten in Budapest, Leicester and Lissabon absolviert.

Ihr Forschungsfokus liegt auf der (Re)Konstruktion von Narrativen und (visuellen) Diskursen wie Praktiken der Berliner Stadtgesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert und damit verbundenen Dynamiken von Medienwandel und Kommunikationsprozessen im planungskulturellen Kontext. Frühere Schwerpunkte umfassten sowohl die Stadtentwicklung in der portugiesischen Kolonien Angola während des Salazar-Regimes als auch Grassroots-Initiativen, Konflikte und Formen gesellschaftlichen Engagements an Stadtdiskursen in West-Berlin und Großbritannien seit den späten 1960er Jahren.

Kürzlich hat sie ihre Dissertation beendet, worin gesellschaftliche Aushandlungsprozesse anhand lokaler (nicht-)öffentlicher Kommunikationsprozesse und sozialer Praktiken der Ost-Berliner Planungskultur um Stadterneuerung im Kontext von DDR-Gesellschaftsgeschichte im Zeitraum 1971-89 analysiert werden.

Eine übergreifende Schnittstelle ihrer Forschung bildet dabei das Verständnis von Demokratie, Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Teilhabe in nicht-demokratischen Systemen wie DDR und Portugal im Vergleich zu demokratischen Strukturen in Großbritannien und Bundesrepublik und daraus ableitbaren Erkenntnissen für zeitgenössische zivilgesellschaftliche und politische Bildung.



Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

11:30 Einfamilienhäuser in der DDR (1)

Homeoffice im Herrenzimmer. Das Einfamilienhausprogramm für die „schaffende Intelligenz“ in der DDR 1949-1953/61

Elke Richter

Das von der DDR geförderte Bauprogramm sollte die Abwanderung der so genannten „Intelligenz“ in den westlichen Teil Deutschlands durch die materielle Bevorzugung der verhindern. Im Rahmen der sogenannten Kulturverordnungen von 1949 und 1950 standen dem Einfamilienhausbau 10 Mio. Mark zur Verfügung, immerhin 3,5% des jährlichen Lizenz-Bauvolumens. Zwei jüngere und umfangreiche Publikationen konzentrieren sich auf die knapp 100 Berliner Bauten und vor allem deren Bewohner. Dabei umfasst das Programm DDR-weit immerhin fast 470 Gebäude, von denen 95% Einfamilienhäuser sind. Die regionalen Unterschiede und vor allem die mehrfachen organisatorisch-strukturellen Re-Konzeptionen innerhalb von nur gut drei Jahren (1949 bis 1953) sind ebenfalls kaum betrachtet: Zuerst fand die individuelle Kreditvergabe an Einzelpersonen statt, kurz darauf entstanden typisierte Einfamilienhäuser und schon ein Jahr später fokussierte man fast ausschließlich auf Mehrfamilienhäuser.

Trotz, oder gerade wegen der stetigen Evaluierungen und Anpassungen handelt es sich von Beginn an um eine Geschichte des Scheiterns. Einer der gewichtigsten Gründe war, dass ein tradiertes Wohnkonzept in ein neues politisches System implementiert wurde, wobei der architektonische Entwurf in diesem Zusammenhang den am wenigsten problematischen Aspekt darstellte. Vielmehr mussten für Finanzierungsmodelle, Konditionen der Kreditvergabe oder die Eigentumsverhältnisse (privat bzw. volkseigen) konkrete, rechtssichere Antworten gemäß den neuen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gefunden werden. Hier wäre zu fragen, inwiefern die gefundenen Lösungen den späteren Einfamilienhausbau beeinflussten. Weitere Probleme waren der Zeitdruck, der aus dem politischen Druck resultierte, und junge bzw. noch nicht vorhandene institutionelle Strukturen. So kam es teilweise vor, dass bereits errichtete Bauten nicht dem legalen Rahmen entsprachen und im Nachhinein die gebaute Wirklichkeit an die rechtliche Wirklichkeit angepasst werden musste.

Elke Richter (Dessau)

Professur Baugeschichte und Denkmalpflege Hochschule Anhalt - Campus Dessau, Fachbereich Architektur, Facility Management und Geoinformation

Studium der Architektur in Dresden und Venedig (Diplom) und der Denkmalpflege an der TU Berlin (M. Sc.), Promotion an der BTU Cottbus-Senftenberg mit dem Thema „Gebaute Diskrepanz - Der Bau der Königlichen Bibliothek in Berlin von 1774 bis 1970“. 2010-2016 Tätigkeiten am Deutschen Archäologischen Institut (Projektleitung „Frühellenistische Stadtmauern in Triphylien, Griechenland“, Mitarbeit am „Porta-Nigra“-Projekt, Deutschland, und am „Royal Baths“-Projekt, Sudan) sowie freie Bauforschung. 2016-2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Baugeschichte der BTU Cottbus-Senftenberg, davon SoSe 2021 und WiSe 2022/23 Vertretungsprofessorin. Seit 10/2023 Vertretung der Professur Baugeschichte und Denkmalpflege an der Hochschule Anhalt/Dessau. Forschungsschwerpunkte: Bau- und Planungsgeschichte 19./20. Jahrhundert, insbesondere in Preußen im 19. Jahrhundert und in der DDR; Antike Festungsanlagen.



Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

11:30 Einfamilienhäuser in der DDR (2)

Eigenheim selbst gebaut. Die Landschaft der Einfamilienhäuser in der DDR

Maren Weissig

1945, noch in der Sowjetischen Besatzungszone, ließen die Binnenmigration, Flüchtlingsbewegungen, der kriegsbedingte Verlust an Wohnsubstanz, aber auch das Wachstum der Bevölkerung den urbanen wie auch den ruralen Wohnraumbedarf extrem ansteigen. Das Bauwesen der DDR priorisierte in der Gründungsphase die Bewältigung der Wohnungsnot, wobei Finanzierungsprobleme und vor allem der Mangel an Baumaterial auch in den späteren Jahren der DDR weitaus größer waren als erhofft.

Beginnend in den 1970ern, verlagerte die Regierung das Wohnungsbauprogramm auf die aktive Beteiligung der Wohnungssuchenden. Mit einem neuen Schwerpunkt auf den Eigenheimbau sollte die Verbesserung der Lebensbedingungen von Mitgliedern der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Arbeiterfamilien und kinderreichen Familien erreicht werden, insbesondere in Dörfern, unwegsamen Stadtrandgebieten und Klein- und Mittelstädten. Ausstellungen wie „Eigenheim 72 – Selber bauen“ in Halle- Trotha trugen zur raschen Verbreitung des individuellen Eigenheimbaus in der Bevölkerung bei. Sehr günstige Kredite, geringer bürokratischer Aufwand in der Antragstellung und zahlreiche Handreichungen machten den Bau des Eigenheims sehr attraktiv.

Dies galt nicht nur für die Bürgern selbst, Genossenschaften der Produktion, des Handwerks und auch Kombinate beteiligten sich an dem individuellen Wohnungsbau, in der Mehrzahl, dem Einfamilienhaus. So waren zwar prinzipiell standardisierte Gebäude vorgegeben, doch keineswegs fielen diese gleich aus. Vergabe, Erschließung und Standortwahl der Einfamilienhäuser, ihre Einbindung in Wohngebiete, waren Aufgaben die nicht nur in der Gemeinde ausgehandelt wurde.

Ich möchte in meinem Vortrag gebaute Beispiele vorstellen, denen zwar typisierte Modelle zugrunde lagen, die sich jedoch durch regionale Bedingungen, Material, entfremdet genutzte Vorfertigung oder individuellen Lösungen von der staatssozialistisch angestrebten Vereinheitlichung der Bebauung entfernten. Ich gehe zum Beispiel der Frage nach, worin im individuellen Eigenheimbau mit Eigenleistungsanteil einerseits die „Fließbandarbeit“ begründet lag, andererseits Abweichungen und Unterschiedlichkeiten vorkamen. Dabei gebe ich Einblick in individuelle Praxisbeispiele, zum einen im heutigen thüringischen Stadtrandgebiet, zum anderen in Dörfern.

Maren Weissig (Dresden)

1982 - 1985	Berufsausbildung Textiltechnik mit Abitur
1985 - 1989	Mitarbeiterin Hochschularchiv/Hochschulbibliothek
1989 - 1993	Studium der Kunst (HdK Berlin)
1993 - 1995	Ausbildung zur Restauratorin,
1995 - 2019	Selbständig als Restauratorin
2016	Diplom in Architektur (TU Berlin)
seit 10/2019	Promovendin (TU Dresden)





Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

14:00 Mediale und architektonische Rezeption (1)

Architektur und Bauen in der Kino-Wochenschau (1950-1965)

Sigrun Lehnert

In den 1950er- und 1960er Jahren, vor der Etablierung des Fernsehens, war die Wochenschau ein bedeutender Teil des Vorprogramms der deutschen Lichtspielhäuser in Ost und West. Durch die filmischen Elemente, die Struktur der Ausgaben und die regelmäßigen Berichte über den Wiederaufbau der Städte werden die Wochenschaufilme zur Gesamterzählung der architektonischen Entwicklungen in den 1950er-Jahren. Einerseits werden in den Beiträgen europäische Bautraditionen aufgezeigt, andererseits in Sujets über Weltausstellungen modellhaft „Städte von morgen“ in den Blick genommen.

Die DEFA-Wochenschau *Der Augenzeuge* zeigt die Stalinallee (bereits im Intro), die britisch-amerikanische Welt im Film setzt den Kurfürstendamm dagegen und die Ufa-Wochenschau prä-sentiert das Hansa-Viertel. Prestigeobjekte – besonders in Berlin – werden in als Beweis für eine gelungene Politik bzw. die ‚bessere‘ Ideologie hervorgehoben. In *Der Augenzeuge* tritt die Anlehnung an Vorbildern wie Volksrepublik Polen und der UdSSR stark hervor: Beispielsweise kommen Kollegen, um den Deutschen ihre Arbeitsmethoden zu zeigen und noch schneller, billiger und besser u.a. mit Fertigteilen zu bauen. Während in der DDR das Nationale Wiederaufbauprogramm die Menschen zur (freiwilligen) aktiven Mitarbeit animieren sollte, berichtete die westdeutsche Wochenschau explizit von Projekten, die aus Marshallplan-Mitteln geschaffen wurden, aber auch von Selbsthilfe-Aktionen.

Die Filmberichte spiegeln zudem den Wandel der Baukultur: War man Ende der 1950er-Jahre noch von Häusern in Fertigbauweise überzeugt, regt sich in Westdeutschland bis Mitte der 1960er-Jahre Kritik an der kastenartig-abstrakten Nachkriegsarchitektur. Die Wochenschau fordert Alternativen und stellt Visionen von gesundem Leben in Räumen und Gebäuden vor, die menschlichen Bedürfnissen nach Ruhe und Komfort entgegenkommen. Die Kameramänner verwenden Untersichten oder Luftaufnahmen und selbst Nachtaufnahmen von beleuchteten Gebäuden werden eingesetzt, aber auch ein subjektiv geführter Kamerablick in das Innere wird gewährt, um z.B. die Bequemlichkeiten des neuen Wohnens zu präsentieren. Dabei entsteht ein Spiel mit Einstellungsgrößen, Überblendungen und ungewöhnlichen Perspektiven, die Gebäude-Elemente plastisch werden lassen. Die unterlegte Musik der Filme korrespondiert nicht nur mit dem (modernen) Image, das die Architektur vermitteln sollte, sondern spiegelt auch das Lokal- und Zeitkolorit.

Der Vortrag möchte den Anteil der Wochenschau als Filmerzählung über Architektur, Bauen und Wohnen in der Konkurrenz von Ost und West darlegen. Dabei werden Erzählstrukturen, Hinweisreize (Cues) für das Publikum (vgl. neoformalistische Filmanalyse, Kristin Thompson, 1995) sowie Einflüsse auf die Darstellungsweise, z.B. Aufnahmebedingungen, aufgezeigt. Es wird diskutiert, wie in der Wochenschau (*Der Augenzeuge* im Vergleich mit westdeutschen Wochenschau-Reihen) der gelungene Wiederaufbau im Bereich Bauen und Wohnen zum Wiederaufschwung und zur Modernisierung generiert.

Sigrun Lehnert (Bamberg)

Dr. habil. freie Medienwissenschaftlerin in Hamburg, absolvierte ihr Studium „Medienmanagement“ (M.A.) in Hannover. Die Promotion im Fach Medienwissenschaft erfolgte 2013 an der Universität Hamburg, 2023 habilitierte sie sich für das Fachgebiet Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Audiovisuelle Vermittlungsstrategien, Kino-Wochenschauen, dokumentarischer Film und Fernsehdokumentarismus, Filmsound, Filmerbe und digitale Archivierung.





Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

14:00 Mediale und architektonische Rezeption (2)

Geschichte und erste Rezeption der Architektur-Theorie der DDR zwischen 1980 und 2000

Harald Kegler

Ogleich der Schwerpunkt der Werkstattgespräche des IRS auf dem baulichen und infrastrukturellen Erbe der DDR liegt, stellt das theoretische Erbe der Architektur und Planung ein bisher kaum rezipiertes Gut dar, dessen kritische Würdigung überfällig ist. In Kooperation mit der Bauhaus-Universität Weimar, gemeinsam mit den Professuren Theorie und Geschichte der modernen Architektur und Denkmalpflege und Baugeschichte, wurde das Forschungsdesiderat erkannt und wird ein Forschungsprojekt 2024 zur Rezeption der Architekturtheorie der DDR eingeleitet.

Bei der Aufarbeitung der DDR-Architekturtheorie handelt es sich um einen wesentlichen Punkt bei der Ausprägung eines Verständnisses von gebauter Umwelt in der DDR – mit all ihren Widersprüchen, Zeitbedingtheiten, Ideologismen, aber auch ihrem theoretischen Anspruch und ihrer internationalen Vernetzung. In der bisherigen Forschung zur DDR-Geschichte des Bauens i.w.S. standen vorrangig das Gebaute und das Wirken von Architektenpersönlichkeiten in den jeweiligen Zusammenhängen im Vordergrund. Hierbei war vor allem die Forschungsabteilung „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS in Erkner federführend. In jüngster Vergangenheit waren die Rolle von Bürgerinitiativen und der Innenstadtumbau bzw. -verfall Gegenstände der Forschungen gewesen. (vgl. www.stadtwende.de)

Fragen des architekturtheoretischen Diskurses in der DDR tauchen insgesamt, wenn überhaupt, nur peripher auf. Zugleich muss festgestellt werden, dass auch die Hochschulgeschichte der HAB Weimar diesen Aspekt zwar erwähnt, aber insgesamt unterbelichtet behandelt hat. (vgl. dazu de Rudder, 2009, S. 253-271) Darüber hinaus werden Bezüge zur Theorie-Desiderates der Stadtplanung und des Designs umrissen (Arbeiten von Flierl, Bach, Hirdina, Köster u.a.). Darin enthalten sind auch die internationalen Kontexte und architektur- bzw. systemtheoretischen Hintergründe von Debatten und Widersprüchen, politischen Entscheidungen der Baupolitik, der Architekturlehre und gesellschaftswissenschaftlichen Reflexionen aus heutiger Sicht.

Dabei kommt der Auseinandersetzung um den Bauhaus-Bezug eine konstitutive Bedeutung zu, welche bislang kaum umfassend gewürdigt worden ist, aber ganz entscheidend für die Ausprägung eines Moderne-Bezugs der DDR-Architektur, der sog. „Ost-Moderne“, gewesen war. Hieran schließt sich die Auseinandersetzung um die Postmoderne der 1980er Jahre, die auch wichtige Reflexionen zu internationalen Entwicklungen beinhaltete.

Einem der ersten exemplarischen Beiträge zur Theorie-Rezeption der DDR-Architektur, wird am Beispiel der Reflexionen von Heinz Quitzsch (2002, veröff. 2007) zu Lothar Kühne und der Diskussion des Funktionalismus in den 1970er und 1980er Jahren methodologisch und kontextuell nachgegangen.

Harald Kegler (Dessau)

apl. Prof. Dr.-Ing. habil., lehrte Planungsgeschichte / Nachhaltige Raumplanung von 2013 bis 2023 an der Universität Kassel. Er studierte an der HAB Weimar, heute Bauhaus-Universität, Stadtplanung und promovierte sowie habilitierte dort zu Themen der Geschichte der Stadt- und der Landesplanung. Von 1987 bis 1999 arbeitete er am Bauhaus Dessau als stellvertretender Direktor. Von 2000 bis 2002 war er Gastprofessor an der University of Miami, USA. Zwischen 2008 und 2013 baute er mit Prof. Welch-Guerra das Lehrgebiet „Urbanistik“ an der Bauhaus-Universität Weimar als Gastwissenschaftler bzw. Vertretungsprofessor auf. Seit 2024 wirkt er als Autor und Forscher zu Planungsgeschichte und Resilienz.



Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

15:30 Digitale Methoden in der DDR-Planungsgeschichte (1)

Bürger*innen erschließen Architektur und Alltag der DDR – Citizen Science (Ansätze) in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS

Rita Guderman/Paul Perschke

Im Projekt „CitizenArchives“, das von Dezember 2021 bis November 2023 an den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS durchgeführt wurde, wurden Citizen-Science-Ansätze mit Technologien des Semantic Web verbunden, um Archivbestände mit Hilfe von kostenfreien Ressourcen von Nutzer:innen in geordneten, IT-gestützten Prozessen zu digitalisieren, zu erschließen und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Anhand der Bestände der Wissenschaftlichen Sammlungen zur Architektur- und Planungsgeschichte der DDR und mit Hilfe verschiedener Pilotnutzer:innen wurden Prozesse und ein Produkt zur einfachen Erschließung und Veröffentlichung von digitalisierten Beständen kleinerer, spezialisierter Archive entwickelt, deren personelle und finanzielle Möglichkeiten eine flächendeckende Erschließung häufig nicht zulassen. Von wesentlicher Bedeutung waren dabei das Engagement, das Wissen und die Zeit interessierter und fachkundiger Nutzer*innen – Wissenschaftler*innen oder Zeitzeug*innen – die bei der Verschlagwortung und Beschreibung von Beständen unterstützten.

Trotz der nicht immer erfolgreichen technischen Experimente waren die Erträge bereits während der Laufzeit des Projekts erstaunlich: Nicht nur war das Publikumsinteresse groß, was sich u.a. im Besucherandrang bei der Präsentation des Projekts bei der Langen Nacht der Wissenschaften in Berlin in den Jahren 2022 und 2023 äußerte. Für viele ehemalige Bürger*innen der DDR war der Kontakt mit den historischen Fotos von Orten und Gebäuden ihrer Vergangenheit ein sehr emotionales Erlebnis, aus dem sich schließen lässt, dass ein solcher Citizen-Science-Ansatz eine stark identitätsbildende Wirkung entfalten kann. Auch ließen sich nach entsprechenden Presseaktivitäten sehr hohe Klickraten messen. Die von den Citizen in der Folge geleisteten Beiträge waren in aller Regel überaus hilfreich. Auch und gerade, wenn es um Ortskenntnis ging, also etwa die Benennung von Straßen oder Gebäuden in einer Stadt, war der Nutzen sehr hoch. Auch kam es zu ganz unverhofften Beiträgen und Erkenntnissen, etwa, wenn ein Bürger sich die Mühe machte, alle Automarken auf einer Sammlung von Auto-Motiven minutiös zu benennen.

Die Herausforderungen des Projekts waren weniger wissenschaftlicher, als organisatorischer und technischer Natur und erforderten von den Projektmitgliedern eine große Bereitschaft, sich mit den Denkanstätzen der jeweils anderen Beteiligten zu beschäftigen. Im Ergebnis entstand ein Open-Source-Produkt in Form einer zentralen Wissens- und Kommunikationsplattform mit verschiedenen Plugins, die jedes Archiv befähigen kann, seine Nutzer*innen an der Digitalisierungs- und Erschließungsarbeit in ähnlicher Weise zu beteiligen. Mit Hilfe des entwickelten Verfahrens und der entstandenen Infrastruktur wurde es möglich, Schätze zugänglich zu machen, die für die Stadtgeschichte von großem Wert sind. Zugleich wird ein wichtiger Beitrag zum Forschungstransfer geleistet. Die Wissenschaftlichen Sammlungen, bereits seit vielen Jahren aktiv in der Einbindung von Citizen in ihre Arbeit, sind damit in gewisser Weise Teil der Bewegung der ‚Third Mission‘ der Wissenschaft, also der Aktivitäten, die weit über Forschung und Lehre hinausgehen. Es bleibt anhand weiterer Praxisbeispiele zu prüfen, für welche Typen von Archiven sich dieser stark von technischen Aspekten geprägte Ansatz am besten eignet.

Auch liegt in der Einbindung von Citizen in die Erschließung von Archivalien eine gewisse Gefahr, denn je mehr Kontrolle die Gedächtnisinstitutionen über die Erschließung ihres Materials abgeben, desto notwendiger werden die Vorkehrungen zur Kontrolle oder zumindest zur Kommentierung von Citizen-Eingaben. Die überprüften KI-Ansätze können dabei nur in gewissen Grenzen helfen; die Qualitätskontrolle durch das Archivpersonal bleibt notwendig. Als wichtig erscheint es hier, den einmal angestoßenen Dialog mit den Citizen fortzuführen und weitere bürgerwissenschaftliche Verfahren zu erproben.

Insgesamt aber lassen sich die Möglichkeiten und Chancen sehr positiv bewerten, gerade mit Blick auf klein- und mittelstädtische Archive. Und sind die Bestände erst einmal erschlossen und zugänglich, sind auch der weiteren Partizipation der Bürger an der Erforschung der Geschichte ihrer Stadt neue Wege geöffnet.



Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

15:30 Digitale Methoden in der DDR-Planungsgeschichte (1)

Rita Gudermann (Erkner)

ist Historikerin mit einem besonderen Interesse an der Agrar-, Wirtschafts- und Umweltgeschichte des Zeitraums von 1500-1989 (Gudermann 2022, Gudermann 2000, Gudermann 2010) in beiden Teilen Deutschlands mit einem starken Fokus auf Datenbanken und Statistiken (Nitsch, M., Gudermann, R., 2009). Nach mehrjähriger Tätigkeit als IT-Consultant umfasst ihre derzeitige Tätigkeit als Projektleiterin und wissenschaftlicher Mitarbeiterin in der Abteilung Historische Forschung des Leibniz-Instituts für Gesellschafts- und Raumforschung (IRS) den Aufbau der digitalen Infrastruktur der Wissenschaftlichen Sammlungen mit dem Schwerpunkt Bau- und Planungsgeschichte der DDR sowie die Etablierung digitaler Methoden der Raumgeschichte (Deep Mapping, 4d-Simulation) und Citizen Science-Ansätze in der Abteilung.

Paul Perschke (Erkner)

ist Stadthistoriker mit einem Fokus auf städtebaulich-architektonischen sowie kunsthistorischen Themen. Er ist seit 2018 in den Wissenschaftlichen Sammlungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR tätig und bearbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter zuletzt das Projekt CitizenArchives zur Entwicklung einer Infrastruktur, die es kleineren Archiven ermöglicht, interessierte Nutzer*innen an der Erschließung ihrer Bestände zu beteiligen. Derzeit ist er Dokumentar in den Sammlungen des IRS und zugleich verantwortlich für den Aufbau einer Projektdatenbank im Drittmittelprojekt „Crafting Entanglements: Afro-Asian Pasts of the Global Cold War (CRAFTE)“, angesiedelt am Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO).





Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

15:30 Digitale Methoden in der DDR-Planungsgeschichte (2)

Der Denkmalort „Generalshotel“ – eine Dokumentation Online

Thomas Beutelschmidt/Volker Hübner/Julia Novak/Christiane Oehmig

Ob Haus für Sonderpassagiere, Spezialgästehaus, Dienstgebäude, Sonderteil Nord, Sonderabfertigung, Sonderempfangsgebäude, Gebäude H021 oder schlicht „Generalshotel“: das zwischen Rollbahnen auf dem alten Flughafen Berlin-Schönefeld gelegene Haus kann auf eine wechselvolle Geschichte blicken. Errichtet bis 1950 und genutzt von der sowjetischen Besatzungsmacht, diente es dann seit 1961 als Regierungsabfertigung der DDR. Nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung blieb der Weiterbetrieb zunächst ungeklärt, bis die Räumlichkeiten von 1995 bis 2023 der Bundespolizei für Verwaltungsaufgaben und Schulungen sowie als Rückführungsort für ausreisepflichtige Personen zur Verfügung gestellt wurden.

Den Befehl für die Errichtung des Gebäudes und den Ausbau des ehemaligen Werkflugplatzes für den Rüstungsbetrieb Henschel-Flugzeugwerke-AG zwischen Schönefeld und Diepensee erteilte die Sowjetische Militäradministration (SMAD). Der von der Roten Armee zwei Jahre zuvor besetzte Standort spielte eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung einer unabhängigen Verbindung nach Moskau und in die „Bruderländer“ des Ostblocks. Denn das Areal lag in der sowjetischen Besatzungszone nahe Groß-Berlin, aber außerhalb der Viermächtesektoren in der Stadt. Dadurch war es der Mitsprache der westlichen Alliierten entzogen und ließ den sowjetischen Organen freie Hand. Diese Sondersituation erlaubte es später dann auch der DDR-Airline Interflug, unmittelbar bei Berlin starten und landen zu können. Ein Privileg, das der westdeutschen Lufthansa auf den innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel aufgrund des Viermächte-Abkommens für Berlin versagt blieb.

Über das „Generalshotel“ wurden bei Bedarf fortan der Empfang und die Verabschiedung von Militärs, Parteiführungen, hochrangigen Ehren- und Staatsgästen mit ihren Stäben sowie international bedeutsamen Sonderpassagieren (VIP) aus den Bereichen Politik, Kultur und Sport organisiert bzw. Wartezeiten auf Gäste und Flüge überbrückt. In begrenztem Rahmen konnten in seinen Räumen auch Sonderempfangs, Delegationstreffen, Verhandlungen und informelle Gespräche stattfinden. Darüber hinaus diente das Gebäude auch zeitweise der sowjetischen Hauptverwaltung für Zivilluftfahrt (GUGWF), der Direktion Flugbetrieb der Interflug und Einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Das repräsentative Anwesen mit einem umgebenden Parkgelände verweist auf eine konservative Architekturauffassung. Das Prestigeobjekt orientiert sich formal am Vorbild ländlicher Herrenhäuser und kann in gewisser Weise als ein Vorbote der „Architektur nationaler Tradition“ in der DDR ab den frühen 1950er Jahre gelten. Diese Formensprache dürfte dem Stilempfinden der sowjetischen Auftraggeber durch ihre Verwandtschaft mit dem sozialistischen Klassizismus der Stalin-Ära durchaus entsprochen haben. Damit hebt sich der streng symmetrische Ziegelbau mit seinem Walmdach bewusst von dem Neuen Bauen und den konstruktivistischen Entwürfen der 1920er Jahre ab. Somit ist er zwar ein wichtiges Zeugnis der frühen Nachkriegsarchitektur, aber kein Beispiel einer DDR-Moderne. Das gilt auch für die anderen zeitgleich entstandenen Vergleichsbauten der Besatzungsmacht in Ost-Berlin: die Botschaft der UdSSR, das Haus der Offiziere und das Verwaltungsgebäude der SMAD.

Der hochwertige Materialeinsatz und die luxuriöse Innenausstattung im Zeitgeschmack der 1930er/40er Jahre bringen sichtbar zum Ausdruck, dass die SU hier als leistungsfähige Siegermacht ein Zeichen setzen wollte. Der große Aufwand sollte trotz Mangelwirtschaft und Wiederaufbaubedarf ihren Herrschaftsanspruch nach dem überwundenen Weltkrieg unter Beweis stellen und nach außen seine propagandistische Wirkung entfalten.

Das Gebäude muss nun 2023/24 für die Verkehrsflächen des Regierungsflughafens der Bundesrepublik weichen. Deshalb soll das denkmalwerte Relikt im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und nach Vorgaben des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege (BLDAM) medial über eine interaktive Online-Präsentation einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden. Damit wird seiner historischen Relevanz und architektonischen Bedeutung über Brandenburg und Berlin hinaus Rechnung getragen. Denn der Bau war sowohl eine sowjetische Machtdemonstration als auch ein wichtiger Schauplatz der DDR-Geschichte.

Allerdings kann erst heute von einem Erinnerungsort gesprochen werden, weil das „Generalshotel“ bis zur Diskussion über seinen Abriss nicht im kollektiven Gedächtnis verankert war. Zum einen lag es von Anfang an im Sperrbereich des Flughafens und war öffentlich nicht zugänglich. Zum anderen wurde über seine Nutzung und seine Gäste bis 1990 in den offiziellen DDR-Medien konsequent Stillschweigen bewahrt.





Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

15:30 Digitale Methoden in der DDR-Planungsgeschichte (2)

Das „Generalshotel“ rückt also paradoxer Weise erst mit der Diskussion über seinen physischen Verlust in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Die Dokumentation soll den historischen Kontext sowie die politischen Implikationen des aufgeladenen Denkmals deutlich machen und ihn nachträglich als Erinnerungsort verankern.

Das Projekt orientiert sich an aktuellen Formaten der Geschichtsvermittlung wie Digital Memory und Public History, in das verschiedene Bausteine und umfangreiche Archivfunde eingeflossen sind: die denkmalpflegerische und architekturhistorische Untersuchung; Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung; zahlreiche Zeitzeugengespräche; ein virtueller Rundgang durch das Gebäude; Schriftgut und Lagepläne sowie Entwürfe, Grundrisse und historische Fotodokumente Bau und Ausschnitte aus dem DDR-Fernsehen.

Unser Vortrag möchte die langjährigen Recherchen und deren Ergebnisse vorstellen. Wir wollen damit einen Beitrag zum Tagungsthema „Umgang mit der DDR und ihrem baulichen Erbe“ leisten sowie den Umgang mit dem „Generalshotel“ und seine Veränderungen von 1947-2023 zur Diskussion stellen.

Thomas Beutelschmidt (Berlin)

geb. in Frankfurt/Main, lebt und arbeitet in Berlin; freiberuflicher Publizist, Kurator und Regisseur; Studium der Germanistik, Politologie und Kunstgeschichte in Freiburg und Berlin; Lehramtsausbildung (Stud. Ass.) und Promotion (Dr. Phil.); zahlreiche Veröffentlichungen, Filme und Ausstellungsprojekte: u.a. „Ein Palast und seine Republik“ (TV-Dokumentation und Buch) oder die Ausstellung „West:Berlin. Eine Insel auf der Suche nach Festland“ (Stadtmuseum Berlin).

Volker Hübner (Berlin)

Dipl.-Ing. Architekt, Studium in Weimar, seit 1991 Büro für Architektur und Denkmalpflege Hübner+Oehmig mit Christiane Oehmig, Schwerpunkt denkmalpflegerische Beratung, Denkmalpflegepläne und Kontaktarchitekt für das Landesdenkmalamt für die Projekte Staatsoper, Pergamonmuseum und für den städtebaulichen Denkmalschutz, Mitglied der Architektenkammer Berlin.

Julia Novak (Berlin)

geb. in Stuttgart, lebt und arbeitet in Berlin; Kuratorin für zeitgeschichtliche Ausstellungen und Konzeptionerin für Medienanwendungen; Studium der Angewandten Kulturwissenschaften in Hildesheim; zahlreiche Veröffentlichungen, Filme und Ausstellungsprojekte, darunter „Ein Palast und seine Republik“ (TV-Dokumentation und Buch) oder die Dauerausstellung „Lichtenberg“ (Museum Lichtenberg).

Christiane Oehmig (Berlin)

Dipl.-Kunsthistorikerin, Studium HU Berlin, seit 1991 Büro für Architektur und Denkmalpflege Hübner+Oehmig mit Volker Hübner, Projektleitung für die Erarbeitung von Denkmalgutachten und Denkmalpflegeplänen, z. B. Pergamonmuseum, Staatsoper, Komische Oper, Berliner Dom; gemeinsame Denkmalfachliche Publikationen u.a. Historische Baukonstruktionen Pergamonmuseum, Staatsoper Unter den Linden, Erhalten-Restaurieren- Weiterbauen.





Werkstatt gespräch

DONNERSTAG, 11. APRIL 2024

17:00 Podiumsdiskussion

DDR-Architektur im Rückblick: Von der pauschalen Abwertung über die wachsende Wertschätzung seit den 2000er Jahren - und zurück?

Diskutiert werden sollen folgende Aspekte und Themenfelder:

- Die Rezeption und der diskursive Umgang mit DDR-Architektur nach der Wende in den 1990er Jahren
- Von der pauschalen Abwertung und Gleichsetzung mit dem politischen System nach 1990 über die wachsende Wertschätzung seit den 2000er Jahren - und zurück?
- Politisierung und gesellschaftliche Relevanz von Architektur und gebauter Umwelt
- Aktuelle Debatten um die (wieder wachsende?) Ost-West-Diskrepanz
 - Im Bereich der Architektur- und Planungsgeschichte
 - Weiter hohe (und wachsende?) Unzufriedenheit mit System und Lage in Ostdeutschland
- Wie können Diskurse auf Augenhöhe gestaltet werden?

Diskutanten auf dem Podium: Kerstin Brückweh (IRS Erkner), Dörte Grimm (Pritzwalk), Wolfgang Kil (Berlin), Martin Maleschka (Eisenhüttenstadt)

Moderation: Stefanie Brünenberg (IRS Erkner)



Werkstattgespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

10:00 Wohnungsbau und gesellschaftliche Teilhabe (1)

50 Jahre Wohngebiet Fennpfuhl

Georg Balzer

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Errichtung des Wohngebietes Fennpfuhl im Berliner Bezirk Lichtenberg hat das Bezirksamt Lichtenberg die Vorbereitung und Durchführung einer Konferenz beauftragt. Als Ergebnis der Konferenz entstand die Publikation „Das Berliner Wohngebiet Fennpfuhl- Vom gesamtdeutschen Wettbewerb zum Wohnen im Grünen mitten in der Stadt“, herausgegeben von Georg Balzer, veröffentlicht im Lukas-Verlag (Oktober 2023).

Das Wohngebiet Fennpfuhl entstand ab 1972 und stellt das erste zusammenhängende größere Neubaugebiet im damaligen (Ost-) Berlin nach Verkündung des Wohnungsbauprogramms der DDR dar (das Wohnungsbauprogramm wurde als Kernstück der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossen).

Im Wohngebiet Fennpfuhl (seinerzeit das Wohngebiet „Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße“) wurde erstmals der Schritt von „Wohnzellen“ hin zu weitläufigen industriell errichteten Wohngebieten baulich umgesetzt. Das Wohngebiet wurde mit annähernd 16 000 Wohnungen für geplante 50.000 Einwohner, einem Kaufhaus, zwei Schwimmhallen, mehreren Kaufhallen, Gaststätten, Schulen, Kindereinrichtungen, einer Poliklinik und einer Apotheke errichtet. Um das „urbane“ Zentrum (Anton-Saefkow-Platz) und dem mittig gelegenen landschaftlichen Bereich (der Park um den Fennpfuhl) gruppieren sich drei eigenständige Wohnbereiche.

Es gelang, mit den damals zur Verfügung stehenden Wohnungsbauserien P2, QP 64 und QP 71, WHH 18/21, WBS 70 (11- und 5-geschossig, die 11-geschossigen Gebäude wurden hier erstmals in Berlin errichtet), eigenständige Wohnbereiche zu realisieren. In der städtebaulichen Konzeption wurden hier die vorhandenen Merkmale der Topografie berücksichtigt und offensiv in die Gestaltung der Wohnbereiche einbezogen (Volkspark Prenzlauer Berg, Fennpfuhl und Wolfgangpfuhl).

Markant für das Wohngebiet war neben der städtebaulichen Qualität die Ausstattung mit baukünstlerischen Objekten (Betonformsteinwände der PGH „Kunst am Bau“; Adler und Kracht) sowie Plastiken im Freiraum (gefertigt im Kontext eines Künstler-Kolloquiums im Kontext der 750-Jahr-Feier der ersten urkundlichen Erwähnung Berlins).

Im Band wird die Entstehungsgeschichte des Wohngebietes anhand von Textbausteinen aus DDR-Publikationen, Fotos aus der Entstehungszeit, mit Interviews eines der damals aktiven Komplexarchitekten und mit Interviews von Erstbeziehern anschaulich dargestellt.

Ein gewichtiger Teil des Bandes widmet sich den Veränderungen des Wohngebietes nach 1990. Für das Wohngebiet wurden mehrere Stadtumbaukonzepte erstellt (im Kontext des Programms „Stadtumbau Ost“), als Grundlage für Projekte der städtebaulichen Weiterentwicklung. Hierzu erfolgten Interviews mit der zuständigen Stadtplanerin im Bezirksamt Lichtenberg, mit denen die Entwicklung des Wohngebietes nach 1990 nachgezeichnet wird, ergänzt um Fotos der jeweiligen Ereignisse. Herausragend ist (vor dem Hintergrund der aktuellen Insolvenz des Signa-Konzerns) der Umbau des Konsument-Warenhauses zu einem Wohnhaus.

Das Wohngebiet Fennpfuhl ist ein sehr gutes Beispiel für die Transformation eines inzwischen innerstädtischen Berliner Wohngebietes. Eine gelungene städtebauliche Konzeption, ein sorgfältiger planerischer Umgang mit dem Gebiet nach 1990, stabile und für die Bewohner*innen sichere Eigentumsverhältnisse sorgen für eine hohe Wohnzufriedenheit, ein gutes Image, soziale Stabilität und eine durchgehend hohe Vermietungsquote.

Die Publikation ist die erste umfassende Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Wohngebietes Fennpfuhl. Sehr gerne kann im Kontext der „Werkstattgespräche“ darüber berichtet werden.



Werkstatt gespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

10:00 Wohnungsbau und gesellschaftliche Teilhabe (1)

Georg Balzer (Berlin)

Studium der „Stadt- und Gebietsplanung“ an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (Diplom 1988), danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bauakademie der DDR.

Nach einem Städtebaureferendariat in Düsseldorf erfolgt 1993 die Eintragung als freischaffender Stadtplaner in die Stadtplanerliste der Architektenkammer Berlin.

Mit dem von ihm gegründeten Büro STADTLANDPROJEKTE bearbeitet er seit Mitte der 1990er Jahre städtebauliche Planungen und Konzepte in Thüringen sowie in Berlin und im Land Brandenburg. Schwerpunkt der Bürotätigkeit ist das Planen und Qualifizieren von Bestandsgebieten in Städten und ländlichen Gebieten sowie die Moderation von Planungsprozessen.





18. Werkstattgespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

10:00 Wohnungsbau und gesellschaftliche Teilhabe (2)

Stadtrand, Stadtkrone, Stadtzentrum. Der Wohnkomplex Leipziger Straße und seine Beziehungen zum Ost-Berliner Stadtzentrum
Edouard Compere

Der zwischen 1969 und 1979 erbaute Wohnkomplex Leipziger Straße stand bisher wenig im Fokus der Forschung zur Stadtplanung der DDR. Dabei stellt er einen besonderen Höhepunkt in der Neubebauung bzw. Rekonstruktion des Ost-Berliner Stadtzentrums dar. So kann er als Weiterentwicklung der Ansätze verstanden werden, welche bei der Bebauung des Heinrich-Heine-Viertels, der südlichen Fischerinsel und des Bereichs um den Fernsehturm verfolgt wurden.

Der innerstädtische Charakter des Wohnkomplexes, mit seiner klaren Begrenzung im Süden durch die Berliner Mauer und im Norden durch den für Rekonstruktion vorgesehen Bereich um den Platz der Akademie/Gendarmenmarkt, unterscheidet ihn von den groß angelegten Neubaugebieten der 70er Jahre wie zum Beispiel in Marzahn-Hellersdorf oder im Zentrum von Halle Neustadt. Trotz aller räumlichen Eingrenzungen wird aber ein Anspruch auf Großzügigkeit und Weiträumigkeit in der Gestaltung des Wohnkomplexes erkennbar, welcher eine Eingliederung und Verknüpfung der Leipziger Straße mit dem zentralen Bereich um den Fernsehturm ermöglichte.

Der Beitrag widmet sich in einer ganzheitlichen Herangehensweise der Frage nach der Eingliederung des Wohnkomplexes im breiteren urbanen Kontext des Stadtzentrums Ost zu. Ausgehend von frühen Planungen, städtebaulichen Entwürfen und der letztendlich realisierten Gestaltung wird die Rolle der Leipziger Straße für das Stadtzentrum als Erweiterung, Erneuerung und Begrenzung zugleich analysiert. In diesem Sinne werden insbesondere das Konzept der „Stadtkrone“, wie es in der zeitgenössischen Planung verwendet wird, und die Anknüpfung an den Charakter der Straße vor 1945 im Zusammenspiel mit der Radikalität der Neubebauung untersucht. Die verschiedenen Funktionen, die der Komplex über das Wohnen hinaus zu erfüllen hatte, und ihre Bedeutung im Sinne der sozialistischen Stadtplanung werden ebenfalls vorgestellt.

Über diesen ersten Versuch einer Einordnung des Wohnkomplexes hinaus werden weitere Aspekte und Fragestellungen schlaglichtartig vorgestellt, wie zum Beispiel die architektonische Gestaltung, die bautechnische Umsetzung oder das künstlerische Programm an und in den Bauten.

Edouard Compere (Berlin)

studierte von 2012 bis 2020 im Bachelor und Master Kunst- und Bildgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2021 ist er wissenschaftlicher Volontär im Mitte Museum in Berlin, wo er unter anderen eine Ausstellung zum Wohnkomplex Leipziger Straße konzipierte und realisierte.



Werkstatt gespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

10:00 Wohnungsbau und gesellschaftliche Teilhabe (3)

Materielle Barrieren und deren Abbau im Alltag von Menschen mit Behinderungen in der DDR – die Beispiele Halle und Halle-Neustadt

Ulrike Winkler

In der DDR wurde – nicht anders als in Westdeutschland – den besonderen baulichen Bedarfen von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen viele Jahre lang kaum Rechnung getragen. Architektonische Barrieren – Treppen, Bordsteine, unpassende Rampen – beschränkten in gravierender Weise den Aktionsradius der Betroffenen und verhinderten deren alltägliche Lebensvollzüge. So war es Menschen im Rollstuhl häufig nicht möglich, zu einem Arbeitsplatz zu gelangen, oder sie konnten kein Restaurant aufsuchen, weil es dort keine „behindertengerechten“ Toiletten für sie gab. Etliche Rollstuhlnutzende verbrachten daher häufig fast ihr gesamtes Leben in ihren Wohnungen oder in Heimen.

Im Gefolge des VIII. Parteitags der SED zur Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik 1971 ergingen indes sukzessive Richtlinien zum barrierefreien Bauen von Wohnungen und von gesellschaftlichen Bauten. Zugleich wurden verkehrsplanerische Vorschriften erlassen, die die Mobilität der Betroffenen erhöhen sollte.

Die Räte der Städte, die StadtarchitektInnen und die Wohnungskombinate waren gehalten, diese Vorgaben bestmöglich umzusetzen. Der Architektur wurde die Aufgabe übertragen, durch planerische und bauliche Maßnahmen gehbeeinträchtigten Menschen den buchstäblichen Weg in die sozialistische Gemeinschaft und damit – wie man es heute nennt – zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen. Mit anderen Worten: Dem architectural fix sollte auch die Aufgabe eines socialist community fix zukommen.

Wie die entsprechenden baulichen Maßnahmen umgesetzt wurden, welche Schwierigkeiten, aber auch welche Erfolge es gab, soll exemplarisch anhand der Sanierung der „alten Stadt“ Halle und der Gestaltung der „sozialistischen Stadt“ Halle-Neustadt dargestellt, analysiert und diskutiert werden.

Zugleich wird ein Blick auf das Engagement der Betreuungsgruppe MS-Kranker (BMSK) in Halle und Halle-Neustadt geworfen, deren Mitglieder mehr Barrierefreiheit in ihrem privaten und öffentlichen Umfeld durchzusetzen. Geschickt verstand es die BMSK, sich der Unterstützung der StadtarchitektInnen zu versichern, also jenen wichtigen AkteurInnen, die das barrierefreie Bauen als gesellschaftspolitisch notwendige, aber auch als fachlich reizvolle Aufgabe für sich entdeckt hatten.

In meinem Ende September 2023 im Mitteldeutschen Verlag erschienenen Buch „Mit dem Rollstuhl in die Tatra-Bahn. Menschen mit Behinderungen in der DDR: Lebensbedingungen und materielle Barrieren“ habe ich mich mit diesen und weiteren bislang nur wenig beachteten Fragen befasst.

Ich werde Sie in meinem Vortrag mit den Forschungsergebnissen, die auf unausgewerteten Quellen beruhen, bekannt machen. Aufschlussreiche Ausschnitte aus meinen Interviews mit den ehemaligen Stadtarchitekten Dr. Wulf Brandstädter (Halle) und Dr. Karlheinz Schlesier (Halle-Neustadt) möchte ich Ihnen ebenso wie unveröffentlichte Fotos zum Thema „Behinderung“ in der Nachkriegsgeschichte in Halle und Halle-Neustadt vorstellen.





Werkstatt gespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

10:00 Wohnungsbau und gesellschaftliche Teilhabe (3)

Ulrike Winkler (München)

Dr. phil., geb. 1966 in Bad Kreuznach

Freiberufliche Historikerin und Politikwissenschaftlerin seit 1998

Von Februar 2019 bis Juli 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Verbundprojekt „DisHist Menschen mit Behinderungen in der DDR: Teilprojekt Mobilitätstechnik und gebaute Umwelt“ (Universität der Bundeswehr München), gefördert (BMBF)

Seit Juli 2023 assoziierte Forscherin an der Professur für Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte an der Universität der Bundeswehr München (Prof. Dr. Stephan Lindner)

Forschungsschwerpunkte:

Geschichte von Unternehmen der Sozialwirtschaft, insbesondere der Diakonie

Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Disability History / Geschichte von „Behinderung“ in Westdeutschland und der DDR

Biographieforschung und Oral History

Architektur- und Raumgeschichte

Stipendien, Förderungen und Auszeichnungen:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Robert Bosch Stiftung

Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung

Heinrich-Böll-Stiftung • Buchpreis „HamburgLesen“ der Staats- und Universitätsbibliothek der Freien und Hansestadt Hamburg, shortlist mit insgesamt sieben Autor:innen

Zuletzt: Druckkostenzuschuss der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für mein Buch

„Mit dem Rollstuhl in die Tatra-Bahn. Menschen mit Behinderungen in der DDR: Lebensbedingungen und materielle Barrieren“ (2023)



Werkstatt gespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

11:45 Architektinnen und Institutionen in der internationalen Planung (1)

Die Planungsabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Christiane Füscher

Obwohl beiden deutschen Staaten formal erst 1955 die staatliche Souveränität zugesprochen wurde, gestattete die UdSSR der Deutschen Demokratischen Republik bereits 1949 die Einrichtung eines Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, während die Bundesrepublik noch warten musste. Auch wenn die DDR im Verlauf ihrer 40-jährigen Existenz niemals eine souveräne und von der UdSSR unabhängige Außenpolitik betreiben konnte, hatte dieser Akt einen enormen symbolischen Effekt. Das gleiche gilt für die von den Sowjets forcierten Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR zu den sozialistischen Staaten. Bereits 1950 begann die DDR mit der Planung ihres ersten Botschaftsneubaus für das von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg nahezu vollständig zerstörte Warschau. In diesem Bauvorhaben zeigte sich zweierlei: erstens ist das Gelingen eines Botschaftsprojektes abhängig vom Wohlwollen der örtlichen staatlichen Einrichtungen. Zweitens bedarf es im Heimatland funktionierende Strukturen im Staatsapparat, um die im Gesandtschaftsbau häufig langjährigen Planungs- und Bauprozesse optimal zu durchlaufen. Im Fall des Neubauprojekts einer Botschaft der DDR in der Volksrepublik Polen war beides nicht gegeben, bereits der Beginn verlief holprig, da in der gesamten DDR nur ein einziger Architekt für alle Staatsbauten inkl. der auswärtigen Projekte zuständig war. Dies war Hanns Hopp, Leiter einer von drei Meisterwerkstätten an der 1950 gegründeten Deutschen Bauakademie. Entsprechend musste der Botschafter in Warschau ein Jahr warten, bis Hopp sich auf den Weg nach Warschau machen konnte, um das Grundstück zu begutachten. Insgesamt unternahm die DDR fünf Anläufe, um in Warschau einen Botschaftsneubau zu errichten, scheiterte aber entweder an ihrer Selbstüberschätzung ob der eigenen Verhandlungsposition, an dem Widerstand der örtlichen Behörden oder an den eigenen finanziellen Möglichkeiten.

Gemäß den großen außenpolitischen Ambitionen der DDR etablierte Lothar von Bolz kurz nach seiner Ernennung zum Außenminister 1953 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ein Büro zur Betreuung der Diplomatischen Vertretungen. Drei Jahre später installierte der vormalige Minister für Aufbau den Posten eines Chefarchitekten, der ihm direkt unterstellt war. Schließlich wurde 1961 eine eigene Architekturabteilung im MfAA unter der Führung des Chefarchitekten eingerichtet, die zentralisiert für alle Liegenschaften des Diplomatischen Dienstes im Ausland, die des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin sowie alle dortigen Neubauten und Umbauten der ausländischen Vertretungen verantwortlich war. Auch wenn der Handlungsspielraum der DDR zur Errichtung von Neubauten für Diplomatische Vertretungen im Ausland stets gering blieb, prägte diese Abteilung bis 1989 den staatliche Repräsentationsbau der DDR im Ausland, aber auch das Gesicht der ausländischen Diplomatischen Vertretungen und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin.

Christiane Füscher (Dortmund)

ist Architektin und Architekturhistorikerin. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt in der Architekturgeschichte und -theorie seit 1900, mit besonderem Fokus auf die Moderne Bewegung und Nachkriegsmoderne in Ost- und Westeuropa, sowie die kultur- und gesellschaftspolitische Relevanz von Architektur. Im Anschluss an das Architekturstudium an der Fachhochschule Hamburg studierte sie Kunstgeschichte an der Universität Hamburg, überdies arbeitete sie viele Jahre als Architektin in Büros in Hamburg, Porto Alegre (Brasilien) und bei Darmstadt. Sie war langjährige Mitarbeiterin des Instituts für Architekturgeschichte an der Universität Stuttgart und des Lehrgebiets Architekturtheorie und -Wissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Überdies hatte sie Lehraufträge an der Vilnius Tech, der TU Darmstadt und der Hochschule München. In aktuellen Forschungsprojekten befasst sie sich mit Architekturnetzwerken sowie der Entwurfslehre an deutschen Architekturfakultäten zu Beginn des 20. Jahrhunderts.



Werkstatt gespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

11:45 Architektinnen und Institutionen in der internationalen Planung (2)

Lost female Future? Architektinnen und Utopien in der DDR und der VR Polen, 1945 1955

Eiske Schäfer

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer Neuordnung Europas. Dabei entstanden im Einflussbereich der Sowjetunion neue gesellschaftliche Systeme unter der Maxime des Sozialismus. Beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaften spielte Architektur eine wichtige Rolle. Sie stand für den Neuaufbau der Gesellschaft und sollte die neue Gesellschaftsordnung verkörpern. Oft waren Architekt*innen am Aufbau beteiligt, die ihre Ausbildung in den vorausgehenden nicht-sozialistischen Gesellschaften erhalten hatten. Auch Vorstellungen gesellschaftlicher Utopien und Bauweisen spielten eine Rolle, die sich schon vor dem Zweiten Weltkrieg entfaltet hatten. Eine bisher untergeordnete Rolle in bisherigen Untersuchungen spielen Architektinnen.

Das Projekt geht der Frage nach, wie sich die sozialistische Utopie in der Architektur in der DDR und in der Volksrepublik Polen darstellte. Welchen Einfluss hatte sie auf Ideen des Zusammenwohnen und Planens? Und wie lassen sich dabei weibliche Perspektiven einordnen? Dies soll anhand von vier Architektinnen, nämlich Karola Bloch (1905-1994) und Ludmilla Herzenstein (1906-1994) als Vertreterinnen der DDR sowie Helena Syrkusowa (1900-1982) und Barbara Brukalska (1899-1980) nachvollzogen werden. Anhand deren professioneller Biografien lässt sich ein Umgang mit den neuen Gegebenheiten und Machthabern erkennen. Es wird untersucht, wie sich dieser äußerte. Zudem geht der Beitrag der Frage nach, ob sich in den Werken Kontinuitäten zur Zeit vor 1945 ausfindig machen lassen. So soll überprüft werden, welche sozialistischen Momente sich im Neuen Bauen wiederfinden lassen und wie diese bis in die Nachkriegszeit hinein überdauerten.

Eine biographisch-intellektuelle Auseinandersetzung mit den Frauen verdeutlicht Handlungsspielräume in Auseinandersetzung mit Herrschaft und Repräsentation sowie deren Grenzen. Durch verflechtende Ansätze der Geschlechtergeschichte, der Biografieforschung und der Erforschung von Netzwerken kann ein exemplarisches Bild von der Situation Architektinnen nach dem Zweiten Weltkrieg in der DDR und der Volksrepublik Polen entworfen werden. So ist es möglich, Anknüpfungspunkte aufzuzeigen, die in einer späteren Untersuchung analysiert werden können. Erst das Nachzeichnen der historischen Konstellation macht es möglich, die einzelnen architektonischen Werke im historischen Spannungsfeld zwischen individuellen Überzeugungen und gesellschaftlichen Vorstellungen zu betrachten. Damit betreibt das Projekt Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Architektur- und Baugeschichte und der Frauengeschichte in der Frühphase des Sozialismus.

Eiske Schäfer (Berlin)

studierte Osteuropastudien, Geschichte und Latein an der Freien Universität Berlin. Anschließend war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Universität Kiel tätig. Seit Oktober 2022 promoviert sie an der Technischen Universität Berlin im Fachgebiet Historisches Bauen und Denkmalpflege zum Thema Architektinnen in der Nachkriegszeit in der DDR und der Volksrepublik Polen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlechtergeschichte, polnische und ostdeutsche Zeitgeschichte und Architektur und Stadtplanung. Zurzeit absolviert sie ein Volontariat im Bereich Content Editing Books (Humanities) bei De Gruyter.





Werkstatt gespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

14:00 Transformation und Denkmalpflege des DDR-Bauerbes (1)

Im Kern: Kontinuität. Zur Entwicklung der Zentren ehemaliger DDR-Bezirkstädte nach der Wende

Jan Nissen

Die mit der Wende 1989/90 einhergehende gesellschaftliche Transformation hat weit geringere bauliche Veränderungen in den Innenstädten der ehemaligen Bezirksstädte zur Folge gehabt, als gemeinhin anzunehmen wäre. Die schmerzhaften Abrisse und Rekonstruktionen sind zwar besonders prominent, prägen jedoch das Baugeschehen in nur wenigen Städten. Die meisten Ensembles von repräsentativen Gebäuden und Denkmälern, Straßenzügen und Plätzen, die zwischen 1949 und 1989 im Sinne des sozialistischen Städtebaus errichtet wurden, sind zwar saniert, um- oder weitergebaut und wurden zu einem Teil in ihrer Gestalt verändert, sind aber bis heute identitätsstiftend für das Gesicht zentraler städtischer Räume, nicht zuletzt, weil wesentliche Teile davon in öffentlicher Hand sind. Die grundlegende Umgestaltung oder Tilgung des baulichen Erbes der DDR bildet die Ausnahme, wenngleich sie vielerorts in den 90er Jahren in Erwägung gezogen wurde. Mit der Wende wandelten sich die ideologischen Rahmenbedingungen der zentralen Plätze und Magistralen: aus (staats-)repräsentativen Flächen wurde ‚öffentlicher Raum‘. Die Wiederrichtung der Länder und Kreisstruktur-reformen führten zum Entzug von administrativen Institutionen in einigen ehemaligen Bezirksstädten. Die bauliche Manifestation der demographischen und sozialen Umbrüche vollzog sich überwiegend in peripheren Stadtquartieren, während für die innerstädtischen Bereiche die Ausweisung von Sanierungsgebieten prioritär war, insbesondere um durch entsprechende Fördermaßnahmen die historische Bausubstanz erhalten zu helfen. Auf freien Grundstücken in lukrativer Lage – teilweise Bestandteil des programmatischen zentralen Platzes – wurden in allen ehemaligen Bezirksstädten Einkaufszentren entwickelt, vielerorts wurde deren Errichtung begrüßt, stärkten sie doch die innerstädtische Zentrenfunktion und versprachen Einnahmen. Früher im „Volkseigentum“ waren nunmehr Vermarktungs- und Nutzungsinteressen die ausschlaggebenden Kriterien für Erhalt oder Abriss der Gebäude, ferner auch planungsrechtliche Rahmenbedingungen im Hinblick auf Genehmigungsfähigkeit jenseits des Bestandsschutzes. So sind innerstädtische wirtschaftlich betreibbare Wohn- und Büroflächen nur in wenigen Fällen beseitigt, privatisierte Hotels sowie weitere Sonderbauten und kleinteilige Einzelhandelsflächen hingegen in hohem Maße abgerissen worden. Sanierungen und denkmalpflegerische Konzepte wurden zunächst fast nur, und insgesamt weit überwiegend lediglich für in öffentlicher Hand verbliebene Bauten umgesetzt, insbesondere, wenn sie eine Identifikationsfunktion für die Stadtgesellschaft hatten und sofern sie zu DDR-Zeiten fertiggestellt wurden. Dass dies insbesondere die mittlere Phase des DDR-Baugeschehens betrifft, hängt gleichermaßen mit dem Fokus der (Wohnungs-)Baupolitik, wie auch mit der Perzeption von Architektur und Städtebau in den Nachwendejahren zusammen. Ausgerechnet Sanierungserfordernisse und Kontinuitäten prägten das städtebauliche Erscheinungsbild der Innenstädte in der Transformationszeit der Nachwendejahre, und unterscheiden sich vielleicht weniger zu zeitgleichen Entwicklungstendenzen in westdeutschen Stadtzentren. Weder bestanden Notwendigkeit noch Ressourcen, aus Prinzip mit dem baulichen Erbe der DDR aufzuräumen, ja nicht einmal deren Straßennamen oder Denkmäler wurden restlos aus den Städten getilgt.

Jan Nissen (Neubrandenburg/Berlin)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Neubrandenburg und Stadtplaner bei der GfP - Gesellschaft für Planung in Berlin, Promotion an der Universität Kassel. Schwerpunkt in der Stadt- und Dorfplanung (Bauleitplanung), Innenentwicklung und Daseinsvorsorge in Klein- und Mittelstädten. Schwerpunkt zu städtebaulichen Transformationen in postsozialistischen Städten, Innenentwicklungspotentialen und zum Umgang mit Erinnerungsorten. Dokumentarische Stadtfotografie.





Werkstattgespräch

FREITAG, 12. APRIL 2024

14:00 Transformation und Denkmalpflege des DDR-Bauerbes (2)

REALGLAS – Eine Zukunft für die Blankenburger Fassade

Ulrich Bücholdt

Ziel des Verbundprojekts ist die prototypische, musterhafte Sanierung und Restaurierung der vom Werk Blankenburg des VEB Metall-eichtbaukombinat (MLK) in den 1970er und 1980er Jahren produzierten Aluminium-Glas-Vorhangsfassade. Diese typisierte Bauweise aus vorgefertigten Elementen steht dabei sowohl für die Fortführung einer dezidiert modernen Architektursprache als auch für die Weiterentwicklung der Industrialisierung des Bauwesens, also für charakteristische Aspekte der „Ostmoderne“, die ihre in vielen Fällen längst unter Denkmalschutz gestellte Wurzeln im frühen 20. Jahrhundert haben.

Die Blankenburger Fassade fand Anwendung am Bürobau des „Typs Leipzig“, der in den Werkstattgesprächen bereits Thema war. Sie konnte aber auch an Betonskelettbauten montiert werden, etwa bei der unter Denkmalschutz stehenden Feuerwache an der Erich-Schlesinger-Straße in Rostock.

Erhaltene Bauwerke mit Blankenburger Fassade (oder anderen Konstruktionen des MLK) finden nicht nur in Deutschland zunehmend die Aufmerksamkeit der Denkmalpflege, denn ein umfangreicher Export in die RGW-Staaten ist nachweisbar. Über vereinzelte Best-Practice-Beispiele hinaus erscheint deshalb die musterhafte Sanierung (im Sinn eines Restaurierungs-Typus) als eine gute Voraussetzung zur Bewahrung von mehr Zeugnissen dieser Epoche der Architektur-, Bautechnik- und Gesellschaftsgeschichte. Vor dem Hintergrund der dringend notwendigen „Bauwende“ soll bei der prototypischen Sanierung und Restaurierung auch eine energetische Ertüchtigung ohne Verlust an Zeugnis- bzw. Denkmalwert erreicht werden, wofür das Fassadensystem in seinem konstruktiven Aufbau genügend Potenzial bietet. Die zukünftige, ökonomisch und ökologisch fundierte Nutzung der Gebäude soll ohne den Aussagewert schmälern Eingriffe möglich werden.

Die baugeschichtlichen Untersuchungen richten sich auf zwei, in verschiedener Hinsicht im Ensemble zu betrachtende Bauten in Plauen (Vogtland), den Oberen Bahnhof und den „Roten Würfel“, einen Gastronomie- und Sportbau. Die bautechnischen Analysen werden an einem dafür besser geeigneten und leichter zugänglichen Bürogebäude im Vogtland vorgenommen.

Der Vortrag stellt das bis 2025 laufende Verbundprojekt am Deutschen Bergbau-Museum in Bochum und an der Technischen Universität Chemnitz vor, das von den Vogtlandpionieren und vom BMBF gefördert wird, skizziert die verschiedenen, über die Projektpartner integrierten fachlichen Kompetenzen und umreißt den aktuellen Ergebnisstand. Technikgeschichtlich relevante Planungs- und Produktionsabläufe im Rahmen des staatlich gelenkten Bauwesens werden dabei ebenso beleuchtet wie die mit den einzelnen Bauten verbundenen Aspekte. Angestrebt wird, im Projektverlauf auch biografische Einzelheiten zu den an Planung und Bau beteiligten Akteur*innen zu ermitteln und fundierte Aussagen zum Umgang mit den Bauten in den letzten drei Jahrzehnten zusammenzutragen, möglicherweise wird dies aber erst in einer späteren Projektphase ausgeführt werden können.

Ulrich Bücholdt (Dortmund)

Studium in den Fächern Architektur (Technische Hochschule Darmstadt), Kunstgeschichte, Neuere Geschichte sowie Wirtschafts- und Technikgeschichte (Ruhr-Universität Bochum, magister artium)

tätig als Mitarbeiter in verschiedenen Museen, in Architekturbüros, im Kunsthandel und im Westfälischen Wirtschaftsarchiv (Dortmund); Redaktionsmitglied der Zeitschrift polis (Verlag Müller + Busmann, Wuppertal)

freiberufliche Tätigkeit in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Kulturmanagement sowie im Rahmen verschiedener Ausstellungs- und Publikationsprojekte; Erstellung von Denkmalgutachten; Sichtung und Bearbeitung von Architekten-Nachlässen

2011-2020 Lehrbeauftragter für Baugeschichte am Fachbereich Architektur der Fachhochschule Dortmund; Organisation von Exkursionen; Betreuung und Bewertung von mündlichen Prüfungen, Semesterarbeiten und bachelor theses

2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verbundprojekt REALGLAS beim Deutschen Bergbaumuseum Bochum – Leibniz-Forschungsmuseum für Georesourcen, Abt. Materialkunde und Forschungslabor

Mitglied im Deutschen Werkbund Nordrhein-Westfalen (Vorstandsmitglied seit 2021), in der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte und in der Gesellschaft für Bautechnikgeschichte